

Bernd Marin

Der Standard, 31. März / 1. April 2012

Goldene Zeiten und Altersinflation

*Als wir noch bis über 74 arbeiten wollten
– und konnten.*

Kürzlich erinnerte der nunmehr schon zweite (übrigens wieder sozialdemokratische) Sozialkommissar in Brüssel und das EU-Weissbuch zu Pensionen, dass wir Europäer 2060 bis 70 werden arbeiten müssen. Rein demographisch und saldenmechanisch unbestreitbar, wäre dies durch starkes Wachstum und Erwerbssteigerung vielleicht auf 68-69 reduzierbar. Dänemark wird das Pensionsalter bis 2030 auf 69 und 2050 auf 71,5 Jahre anheben, der schwedische Premier Reinfeld verlangte Arbeiten bis 75. All das löste hierzulande nur Kopfschütteln aus.

Offensichtlich hat unser historisches Kurzzeitgedächtnis vergessen lassen, dass im Nachkriegsboom Männer je nach Meßmethode bis 1963 bzw. bis 1977, Frauen bis 1979 bzw. 1992 mehrheitlich freiwillig über das gesetzliche Pensionsalter hinaus arbeiteten; dass wir in den „goldenen Zeiten“ der Vollbeschäftigung bis zur Kreisky-Ära bereits bis 62 oder gar 66,8 Jahre arbeiten wollten und konnten – was nach der Altersinflation seither etwa dem Alter 70-74,5 heute und rund 74,5-79 im Jahre 2060 entspricht.

So wie es keinerlei Sinn macht, die österreichischen Preise der 1970er Jahre etwa mit damaligen amerikanischen oder nach 400 Prozent Inflation mit heutigen österreichischen Preisen zu vergleichen, so ist das chronologische Alter, z.B. 30, 40, 50, 65 oder 75 nicht unabhängig von Ort und Zeit gleich „alt“ oder „jung“ – etwa in Moldawien und

der Schweiz. In Österreich hatten die Großmütter meiner Generation zu Geburt knapp über 46 und damit so viele Lebensjahre vor sich wie eine 30-Jährige in den 1960er Jahren und eine 38-Jährige heute – also jemand, der noch zur jüngeren Hälfte der Bevölkerung zählt, die sich auch subjektiv in Europa bis durchschnittlich 41,8 Jahre als „jung“ sieht.

Wie ein Spitzengehalt von 1975 heute – wo wir für dieselben Waren und Dienstleistungen kaum ein Drittel der Zeit arbeiten müssen - weit unter der Armuts-grenze liegt, so ist altersmäßig „40 das neue 30“ der ASVG-Gründungszeit 1956. Seither haben wir 14 Jahre Lebenszeit bei Geburt gewonnen und „73 ist das neue 65“ der Kreisky-Ära. Die Altersschwelle 65 der Jahrtausendwende wird 2060 knapp 70 Jahren entsprechen, wenn man das Alter nicht bloß chronologisch rückblickend, nach erlebten Geburtstagen, sondern prospektiv vorausschauend, nach der Zahl erwartbarer Geburtstage und ihrer Erlebenswahrscheinlichkeit definiert*.

Jede Aufregung über das Arbeiten bis 70 im Jahre 2060 ist daher bei Menschen, die bis drei zählen und denken können, ein Zeichen reiner Gedankenlosigkeit – oder Realitätsverweigerung. Tatsächlich müssen wir nicht länger, sondern allenfalls etwas später arbeiten als in den „goldenen Zeiten“ der Vollbeschäftigung und höchster Prosperitätszuwächse bis in die 1970er Jahre – wenngleich sehr viel mehr als die derzeit bloß noch 31,8 Beitragsjahre (mit 22,8 Prozent Beiträgen) für durchschnittlich 25,3 Ruhestandsjahre, mit erwünschten 80 Prozent Leistung.

Der weltberühmte österreichisch-amerikanische Sozialphilosoph Peter F. Drucker hat verstanden, dass „am Wichtigsten das Erkennen der Zukunft, die schon stattgefunden hat“, sei; und dass

„die meisten Neuerungen in öffentlichen Institutionen ihnen von Außenseitern oder durch Katastrophen aufgezungen“ würden. Nicht erst die griechische Tragödie zeigt, was weniger weh tut – und warum Einfalt und Leichtsinn Katastrophen auslösen.

* Dazu die bahnbrechenden Arbeiten des Demographen Sergei Scherbov, Wien